

der Reichsgewerkschaft im allgemeinen nicht gewillt. Auch die  
ausständigen Gruppen des Deutschen Eisenbahnerverbands haben  
den Streik nicht aufgegeben, mit Ausnahme von Magdeburg, wo  
die Dringlichkeit des Reichsbetriebs kommt weiter in Gang, auch  
der Kraftwagenverkehr entwickelt sich.

Aus den einzelnen Bezirken liegen folgende Nachrichten vor:  
In Hamburg entstehen für die Dampfer-Lade- und Entlade-  
schwierigkeiten. In Breslau ist ziemlich starker Notbetrieb  
eingetreten. Im Bezirk Halle ist, wie im Industriegebiet  
auch Kraftwagenverkehr eingerichtet. Der Bezirk Erfurt  
bekümmert sich trotz Notbetriebs überhört den Braunkohlenbetrieb,  
da Verwahrung nicht herangebracht werden können. In Frank-  
furt a. M. macht sich bei den dienstbereiten Beamten das Auf-  
treten von Grippe bemerkbar. In Hannover wurde an meh-  
reren Stellen gearbeitet. Auf der Insel Rügen ist der Betrieb  
vollständig eingestellt.

Berlin, 6. Februar. (U.) Die Verkehrsfrage war am gestri-  
gen Sonntag ebenso trüblich wie am Vortage. An einen Not-  
verkehr, wie ihn der Reichsverkehrsminister optimistisch schon am  
Sonabend ankündigte, ist noch immer nicht zu denken. Außer  
ein paar Zügen nach Oranienburg und dem Osten bis Frankfurt  
an der Oder ruht Stadt- und Vorortverkehr. Die Speiser der  
Eisenbahn sind geschloffen. Es wird nicht ein noch ausgeladen,  
von geringen Ausnahmen abgesehen, die aber für den großen  
Verkehr gar nicht ins Gewicht fallen. Unter dem Druck dieser  
Notlage haben die Speiditeure einen Autobienst für eilige Güter  
nach Magdeburg, Leipzig, Hannover, Hamburg usw. eingerichtet.  
Die Väger der Speiditeure sind so überfüllt, daß neue Güter  
nicht angenommen werden. Schon heute bildet für die Frachtleute  
die spätere Entwicklung des Güterverkehrs eine schwere Sorge.  
Jedenfalls werden diese Tage vergehen, ehe nach der Wiederauf-  
nahme des Verkehrs der Gütertransport wieder sein normales  
Aussehen hat.

Aus den Berichten der bürgerlichen Telegraphenbureaus er-  
gibt sich über den Stand der Bewegung im Reich noch folgendes:  
Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Litza konnten  
auch heute Züge mit Milch und sonstigen Lebensmitteln nach  
Hamburg gebracht werden. Auf den verkehrswichtigen Strecken  
des Direktionsbezirks, insbesondere von Berlin nach Hamburg  
sind gemischte Züge — Güter- und Personenwagen — ge-  
fahren worden, und zwar mit Eisenbahnpersonal, was sich für  
diesen Notbetrieb der Verwaltung zur Verfügung gestellt hat.  
Widerrufen in diesem Umfang werden auch am Montag Züge  
geschickt werden. — Der Betrieb auf dem Bremer Hauptbahnhof  
ist völlig eingestellt. Auch in Geseke und in der Eisenbahn-  
betriebsvollkommen stillgelegt.

Die Arbeiter der Hauptwerkstätten in Erfurt sind plötzlich  
in den Streik getreten, ohne die Zentralleitung des Deutschen  
Eisenbahnerverbands zu informieren. Dadurch hat sich die Lage  
weiter verschärft. — Auf fast allen Strecken im Eisenbahn-  
direktionsbezirk Erfurt ist ein regelmäßiger Notverkehr eingerich-  
tet. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Sonntags  
durch die technische Nothilfe und arbeitswillige Angestellte  
der Zugverkehr wieder über den Frankfurter Hauptbahnhof dirigi-  
ert wird. Die allgemeine Lage wird von amtlicher Stelle gün-  
stig beurteilt.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilt mit: Die Streik-  
lage ist im allgemeinen unverändert. Es wurden am 3.  
Februar zehn Hilfszüge und drei Kohlenzüge nach Magdeburg,  
Kielsee und Braunschweig geschickt, außerdem 22 gemischte  
Züge, die den Arbeiter- und Berufsverkehr bewältigen und zur  
Lebensmittel- und Milchlieferung dienen, und ein D-Zug  
Köln-Berlin. Von der Teno sind insgesamt 180 Mann ein-  
gesetzt. Die Hauptbahnhöfe Hannover und Minden sind  
vom gesamten Personal verlassen worden.

Von der Eisenbahndirektion Magdeburg wird mitgeteilt, daß  
die Besetzung von a. S. L. Die in den Streik getretenen Ar-  
beiter der Hauptwerkstätten in Halberstadt wurden durch  
Ausgang aufgespart, bis Montag an ihre Arbeitsstellen zurück-  
zuführen, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben.  
Falls die Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht aus-  
reichen, werden die Hauptwerkstätten geschloffen werden.

Die Eisenbahndirektion Halle teilt mit: Die Lage ist gegen-  
über gestern nicht wesentlich verändert; sogar im Osten des Bezirks  
etwas verschlechtert. Dagegen ist es gelungen, im westlichen Teil  
des Bezirks eine große Anzahl Züge zu fahren. Der Arbeiter-  
verkehr nach Weuna und dem Gesellat ist restlos bewältigt  
worden. Ein Mischzug mit Personenbeförderung und Güterwagen  
nach Berlin ist gestern abend abgegangen. Die Kohlenversorgung  
des Hallischen Elektrizitätswerks ist sichergestellt. Der Arbeiter-  
verkehr nach Dessau und Wörlitz steht. Von Halle nach Wörlitz  
wurde heute früh wieder ein Zug mit Arbeitern befördert. Ar-  
beitswilliges Personal auch für Lokomotivbetrieb wird der Eisen-  
bahn bald in größerem Umfang zur Verfügung stehen. Auf einen  
Anruf des Präsidenten in Erfurt haben sich bereits etwa 500  
Mann gemeldet. Da, wo Stellwerke auf einzelnen Bahnhöfen  
von den Weichenwärtlern verlassen sind, haben technische Beamte,  
Ingenieure und Bahnmeister die Bedienung der Weichen und  
Signalfeldvorrichtungen übernommen.

In Kottbus ist das Lokomotivpersonal am Sonnabend nicht  
zum Dienst erschienen. Damit ist der Verkehr im östlichen Teil des  
Bezirks Halle lahmgelegt.

Nach Berichten aus dem Bezirk Frankfurt a. M. ist in  
der allgemeinen Streiklage eine gewisse Besserung eingetreten.  
In Gießen ist sämtliches Personal, mit Ausnahme des Loko-  
motivpersonals, zum Dienst erschienen. Es ist gelungen, den Not-  
verkehr im Bezirk in erhöhtem Maße in Gang zu bringen. Die  
Eisenbahndirektion hat in einem Anschlag alle Arbeiter und An-  
gestellten aufgefordert, sich bis zum Dienstag wieder zur Arbeit  
einzufinden, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten  
haben. Das gegen die streikenden Beamten eingeleitete Diszi-  
plinarverfahren nimmt seinen Fortgang.

In Baden ist in der Nacht zum Sonntag der Eisenbahnerstreik  
hochgekommen. Die Stilllegung des gesamten Zugverkehrs wurde  
um Mitternacht dadurch verursacht, daß das Lokomotivpersonal  
in den Streik trat und die Weichensteller sich ihm angeschlossen. Das  
übrige Personal bewahrt eine ruhige Haltung. Die Eisenbahn-  
direktion Karlsruhe versucht, die lebensnotwendigen Transporte  
durchzuführen. — In einer Besprechung des württembergischen  
Staatspräsidenten mit den Lokomotivführern erklärten diese, daß,  
wenn es der Reichsregierung nicht bald gelänge, Verhandlungen  
mit der Reichsgewerkschaft anzubahnen, die in Südwestdeutschland  
angenommene Haltung sich nicht mehr aufrechterhalten könne.

### Die Lage in Sachsen.

Ueber den Stand der Bewegung in Sachsen berichtet Woffo  
Sächsischer Landesdienst: In Dresden ist die Streiklage im  
allgemeinen unverändert. Im Leipziger Bezirk hat sich  
außer dem Lokomotivpersonal teilweise auch das Fahr-, Melde-  
und Versuchspersonal dem Streik angeschlossen. Auf einigen  
Stellen sind auch Arbeiter, die dem Deutschen Eisenbahnerver-  
bande angehören, entgegen dem von den Spitzenverbänden der  
Gewerkschaftsorganisationen erlassenen Aufruf zur Beendigung  
des Streiks, in den Streik getreten. Andererseits haben sich ver-  
einzelt streikende Lokomotivführer wieder zum Dienst gemeldet.

Die Verkehrsfrage hat sich verschlechtert insofern, als der Zug-  
verkehr und das Verschubgeschäft durch das anhaltende Schneee-  
tafel und den strengen Frost erheblich erschwert ist. In den  
Bornaer Kohlenwerken mangelt es an Grubenholz. Auch im übrigen  
Sachsen leidet die Industrie unter ungenügenden Kohlen- und  
Kohlelieferungen. Auf dem Verschubebahnhof Dresden-  
Friedrichstadt haben sich die Rangierverhältnisse gebessert. Den  
Dresdener Gaswerken konnten bisher Kohlen zugeführt werden.

Aus Großenhain wird gemeldet: Die verschärfte Lage im  
Eisenbahnerstreik kommt nunmehr auch hier zum Ausdruck. Auf  
dem Kohlebahnhof Bahnh. 10 ruht der gesamte Dienst; während  
gestern und vorgestern noch einige Züge verkehrten, ist heute nach  
beiden Richtungen kein Zug mehr abgegangen. Die Lokomotiv-  
führer in Großenhain, Seußtenberg und Kuschan

haben sich dem Streik angeschlossen. Das Verwaltungs- und  
Arbeiterpersonal der beiden Großenhainer Bahnhöfe ist dagegen  
nicht am Streik beteiligt. Als und zu verkehrt ein Zug mit  
Lebensmitteln, der von technisch vorgebildeten Beamten der  
Staatsbahn geführt wird. Wegen Kohlenmangels hat sich bereits  
eine Seifenfabrik zur Betriebsumstellung gezwungen gesehen.

### Beschlüsse der Münchener Organisationen.

Gegen den Eingriff in das Koalitionsrecht.

München, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die U.S.P.D.  
Münchens veranstaltete am Sonntag vormittag eine außerordent-  
lich gut besuchte öffentliche Versammlung, in der das Thema  
Eisenbahnerstreik und gewerkschaftliche Grund-  
rechte behandelt wurde. Die Vertreter des Eisenbahnerverban-  
des und des Metallarbeiterverbandes sprachen als Referenten.  
In der sehr lebhaften Diskussion kamen auch Redner anderer Eisen-  
bahner- und Beamtenorganisationen zu Worte. Schließlich wurde  
einmütig folgende Entschliessung angenommen:

„Die Versammlung stellt in der Vorkommensverordnung des  
Reichspräsidenten einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Ar-  
beiterklasse und verurteilt aufs schärfste diese Verordnung, die Ver-  
haftung von Streikführern, die Beschneidung von Streikgeldern  
und die Maßregelungen von Streikenden.“

Solange Arbeiterorganisationen bestehen, haben sie schwere  
Kämpfe geführt zur Durchsetzung und Wahrung ihrer Grundzüge.  
Die Arbeiterklasse ist nicht gewillt, sich diese Rechte zu lassen,  
und sie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um jeden Angriff darauf abzu-  
wehren.“

Die Versammlung fordert deshalb die sofortige Aufhebung der  
Ausnahmeverordnung, Freilassung der Verhafteten, Herausgabe der  
Streikgelder und Vermeidung jeder Maßregelung.“

In Bayern haben sich die Eisenbahnbeamten dem Streik nicht  
angeschlossen. Der Streik macht sich in Bayern nur insofern be-  
merkbar, als infolge des Eisenbahnerstreiks im Reich sich in Bayern  
ein empfindlicher Kohlenmangel und erhebliche Zugverkehrsein-  
schränkungen notwendig gemacht haben.

### Die französische Regierung und der deutsche Eisenbahnerstreik.

Paris, 4. Februar. (U.) Der französische Ministerrat hat den  
Beschluss gefasst, beim Obersten Rat dahin vorstellig zu werden,  
seine Zustimmung zu der Befragung der kaiserlichen Verhandlungen  
und des dazu gehörigen Eisenbahnerstreiks durch Entente-Truppen zu  
geben, falls durch den deutschen Eisenbahnerstreik die Kohlen-  
zufuhr nach Frankreich behindert werden sollte. Der Antrag  
wurde von der französischen Regierung dem Obersten Rat über-  
reicht. Der Koalitionskonferenz wird die Angelegenheit zur Be-  
schlußfassung unterbreitet werden.

### Vor einer Unternehmerröffensive in Oesterreich?

Die nachstehenden Zeilen unseres Mitarbeiters in  
Wien gehen uns stark verpöndelt zu. Inzwischen hat  
der Kurs der österreichischen Valuta außerordentlich  
starke Schwankungen erlitten. Am 23. Januar letzte  
erneut ein unerwartet starker katastrophaler Sturz  
ein, so daß der Dollar auf 10 200 österreichische Kronen  
stieg. Inzwischen hat freilich ein starker Rückgang  
eingesetzt, der wahrscheinlich auf stärkere Kredit-  
geneigtheit in London und Paris und auf die Be-  
handlungen im Parlament zu Washington zurück-  
zuführen ist.

O. P. M. Gegenstand zu der parlamentarischen Aktion der Un-  
fähigkeit der bürgerlichen Mehrheit zur Regierung, die sich mit  
jedem Tage deutlicher erweist. Ist außerhalb des Parlaments der  
Klassenkampf ins Rollen gekommen. Lohnforderungen der Gewer-  
kschaften stoßen auf immer heftigeren Widerstand. Die Zahl der  
Arbeitslosen ist in den letzten zwei Wochen sichtbar gestiegen.  
Vertragsbindungen, Betriebsbeschränkungen, Kurzarbeit drohen.

All dies sind Anzeichen einer Krise, die wir nicht  
haben. Die österreichische Krone ist in der letzten Zeit nicht nur  
nicht gestiegen, sondern nach kurzer Pause wieder rasch gefallen.  
Ihr Verhältnis insbesondere zu den beiden Nachbarwährungen,  
die uns am nächsten angehen, zur deutschen Mark und zur schweizeri-  
schen Krone, hat sich die Exporträume unserer Industrie in der letzten  
Zeit eher vergrößert als verringert. Noch immer erziehen die  
„hohen“ Löhne des österreichischen Arbeiters bestenfalls ein  
Drittel der Löhne in den waldstarren Ländern. Und dennoch  
behaupten die österreichischen Unternehmer, diese Löhne nicht mehr  
bezahlen zu können!

In der Tat steht die österreichische Produktion gegenwärtig  
unter einer Hemmung: nicht eine bloße, aber eine Kapitalstrenge  
ist es, die vorübergehend auf ihr lastet. So paradox es klingt:  
gerade weil die Inflation den Wert des umlaufenden Geldes so  
sichtbar herabgedrückt hat, reicht das vorhandene Geld für die  
Bedürfnisse der Produktion nicht aus. Rohstoffbeschaffung und  
Lohnauszahlung erfordern ein immer größeres Betriebskapital,  
dessen Ziffer bei großen Unternehmungen ins Unermessliche anwächst,  
auf der andern Seite entgeht die bloße Spekulation der Einzel-  
kapitalisten wie der Banken der Produktion das notwendige Kapi-  
tal: statt akkumuliert, wird es jetzt verbraucht, an der Börse  
verpfeilt, in Auslandsvaluten gehamlet, in Auslandsanleihen  
der Inlandswirtschaft entzogen. So ist die Knappheit an Kapital  
unwiderstehlich die Schuld der Kapitalisten; aber die Arbeiter sind  
es, die sie an ihren Löhnen entziehen sollen.

Indes ist der Ruf nach „Lohnabbau“, der jetzt in hundert  
Varianten aus der kapitalistischen Presse tönt, nur einer der  
männigfaltigen Wünsche, Forderungen und Drohungen, mit denen  
die Unternehmer härteren gehen. Die Wahrheit ist, daß sie den  
gegenwärtigen Augenblick ihrer Ungewißheit und tiefer Depres-  
sion, in welchem alle Verhängnisse sich vollenden müssen, aber  
die Besserungen noch nicht zu wirken beginnen können, dazu aus-  
nützen wollen, um endlich auch in Oesterreich zu unternehmen, was  
ihnen in den meisten anderen Ländern längst gelungen ist: die  
Offensive gegen die Erzeugnisse der Arbeiterklasse.  
Es hat den Anschein, als sollte der Angriff auf  
den ganzen Linie losgehen: Scharfen, gegen die Betriebsräte,  
Kontrollen gegen den Achtstundentag, Demonstrationen gegen die  
Besteuern. Als „Störungen der Produktion“ hat längst ein  
ehrenwerter Scharfmacher in dem Hauptblatt der Börse, der  
Neuen Freien Presse, einfach alle sozialpolitischen Maßnahmen der  
Republik qualifiziert und einfach ihre Beseitigung verlangt. Wer  
wenn die Herren sich um die „Produktion“ sorgen, so denken sie  
an den Profit, wenn sie Wirtschaft reden, so meinen sie Macht.

Der politische Machtkampf in Oesterreich hat in der Tat  
den Kräftegleichgewicht der Klassen seinen Ausdruck und seine  
Grenze gefunden. Der wirtschaftliche Machtkampf hat bisher die  
Arbeiterklasse in allerletzter Instanz immer langsamer werdendem Fort-  
schreiten. Seit 1918 haben Oesterreichs Gewerkschaften leichte  
Siege erfochten. Wenn es jetzt wieder zu schweren Kämpfen gehen  
soll, so wird das österreichische Proletariat zeigen, daß es nicht  
umsonst in der relativen Stärke der Gewerkschaftsbewegung an  
erster Stelle marschiert. In dem Lande, in dem jeder letzte Ein-  
wohner gewerkschaftlich organisiert ist, mag die Rot dem Haß der  
Unternehmer eine Gelegenheit dünken; die Kampfeskruze der  
Arbeiter hat sie nicht gebrochen.

### Wilhelm der Neuevolle.

Reize zurück, es ist alles vergeben. Diesen Ton zu erzeugen,  
darauf ist ein Fret gestimmt. den Wilhelm, der Sohn, an seinen  
Vater, der Wiener Universitätsprofessor Dr. Horn, gerichtet hat.  
Wilhelm wird der Neuevolle, und indem Professor Dr. Horn  
dies Neubesinnnis in den Spalten des schwarzen „Tag“ per-

öffentlich, glaubt er die Tränenbüßen aller guten Patrioten  
in Funktion setzen zu können und die Stimmung zu erwecken, ihm  
zurückzuführen aus dem auch so einjämigen Nihil in Wien.  
Wilhelm beschäftigt sich mit den politischen Problemen der  
Gegenwart und erkärt, daß die Frage „Republik oder  
Monarchie“ nach seiner Ansicht in der jetzigen Zeit überhaupt  
keine Rolle spielen darf.

„Wie Sie wissen,“ schreibt er, „habe ich stets auf dem Stand-  
punkt gestanden, daß der Monarch des Volkes wegen da ist und  
nicht das Volk des Monarchen wegen. Nach dem furchtbaren Zu-  
sammenbruch im Jahre 1918, dessen Folgen sich immer breiter  
ausbreiten, hat sich die vom deutschen Volk gewählte  
Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß zur republi-  
kanischen Staatsform bekannt. Die Weimarer Ver-  
fassung ist — trotz allem, was man an ihr aussetzen mag — damit  
eine Tatsache. Meine persönliche Ansicht, daß die Monarchie  
den Volksinteressen aus mancherlei Gründen mehr Rechnung  
trägt, kommt dabei nicht in Betracht. Jede Staatsform kann  
heute einem Volke nur zum Segen gereichen, wenn sie sich auf  
eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte und  
damit fest verankerte Verfassung stützt. Es ist in meinen Augen  
deshalb auch ein Verbrechen, heute in Deutschland Klassenge-  
nisse zu verschärfen, oder gar den Klassenkampf zu predigen...  
Die deutsche Arbeiterklasse ist ein Bestandteil des Volksganges,  
wie wir alle andern auch, und keine Staatsform kann sich daher  
auf die Dauer halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Ar-  
beitermehrheit mit getragen wird.“

Da die Dinge so liegen, habe ich auch eine aufreizende  
Bekämpfung, wie sie sich heute vielerorts äußert, nicht nur  
für unweilich, sondern auch direkt für schädlich. Natürlich ist  
es das gute Recht jeder Partei, für sich Anhänger zu werben.  
Nur darf das nicht in einer Form geschehen, die Ruhe und Ord-  
nung gefährdet. Der Vorgang, den man gemeinhin als  
„Putz“ zu bezeichnen pflegt, ist und bleibt ein Vergehen  
an dem deutschen Volke, das neue Erschütterungen heute nicht  
ertragen kann.“

Wilhelm stellt sich mit seinem Brief auf den Boden der Wei-  
marer Verfassung. Er ist der Auffassung, daß die Klassenge-  
nisse keine Verschärkung erfahren dürfen und daß jeder Versuch in  
dieser Richtung ein Vergehen am deutschen Volke ist. Er bittet  
nur zu bemerken, welche Völsche er damit meint. Bei der ganzen  
Geistesstellung Wilhelms darf man mit einigem Recht an-  
nehmen, daß er sein Hauptaugenmerk vor allem auf die Ver-  
schärfung der Klassengegensätze, so wie er sie aufweist, im Sinne  
der sozialistischen Propaganda meint. Daß die Sinnesleute mit  
ihrem Profilitätstreben die eigentlichen Förderer der Klassenge-  
nisse sind, braucht der Bonner Boruse nicht zu wissen, da er  
während seiner Studienjahre viel mehr Wert legte auf den be-  
rühmten Budegauer, als auf das Studium volkswirtschaftlicher  
Tatsachen. Auch das, was er gemeinhin als „Putz“ bezeich-  
net, ist höchst zweifelhaft zu deuten. Wahrscheinlich wird der  
Putz der Kappen und alle die Umtriebe der monarchistischen  
Geheimorganisationen ganz in seinem Sinne liegen.

Nicht ganz ohne Interesse ist, was Wilhelm über die strate-  
gische Entwicklung seit der Marne Schlacht sagt. Der Erzählung  
des Hohenzollernhauses versteht damit der berühmten Erzählung  
legenden einen empfindlichen Dolchstoß, indem er schreibt:

„Bereits nach der Marne Schlacht 1914 habe ich einen rest-  
losen Sieg nicht mehr für möglich gehalten und des-  
halb alle Friedensmöglichkeiten unterstellt, soweit ich das konnte,  
ohne den Verteidigungswillen Deutschlands, der dem Vernich-  
tungs willen der Feinde unbedingt entgegengeführt werden mußte,  
zu schwächen. Daß derartige Friedensmöglichkeiten nicht geförder-  
t wurden, war ein Fehler unserer politischen Leitung.  
Nach im Sommer 1917 bot sich m. E. die Möglichkeit für Deutsch-  
land, selbstlich aus dem Kriege herauszukommen. Nach dem Beschl-  
schlagen des mittelländischen Versuches 1918 wurde die Frage aller-  
dings bitter ernst, da seit dem 1. Juli 1918 Frieden herbeigeführt  
werden mußte.“

Indes alle diese zurechtweisen Feststellungen werden nicht er-  
reichen, daß das deutsche Volk diesen Erzählung der Hohenzollern  
wieder huldvollst in seine Gemeinschaft aufnehmen wird. Der  
Appetit kommt noch immer mit dem Essen.

### Die Reinigung der SPD. in München.

Aus München wird uns berichtet: In den letzten  
dreißig Tagen tagte in München eine Funktionärskonferenz der  
SPD, die am Freitag zu dem Beschluß kam, den Vorstand abge-  
ordnet und Herausgeber der Neuen Zeitung, Otto Graf, ferner  
noch zwei andre führende Mitglieder der SPD, auszuscheiden.  
Der Ausschluß ist darauf zurückzuführen, daß sie fernerzeit zu den  
28 Unterzeichnern des Aufrufes, der von Friedland ausging, ge-  
hörten. Die Neue Zeitung, die sich im Privatbesitz von Otto  
Graf befindet, hat fernerzeit den Aufruf veröffentlicht. An  
die Mitglieder der SPD, wurde die Aufforderung gerichtet, die  
Neue Zeitung abzuschließen, da sie nicht mehr Parteiorgan sei.  
Wahrscheinlich wird Otto Graf zur Kommunistischen Ar-  
beitsgemeinschaft übergehen. Der Ausschluß erfolgte mit  
75 gegen 30 Stimmen. Die 30 Opponenten erklärten sich  
mit den Ausschloffenen solidarisch und traten an. Sie  
wollen weiterhin außerhalb der SPD, im Sinne des Kommunis-  
mus tätig sein. Das Vorgehen gegen Otto Graf kennzeichnet sich  
auch als ein Konkurrenzmanöver des Verlages der in Augs-  
burg erscheinenden Bayerischen Arbeiterzeitung, die  
das Bestreben hat, diese zum alleinigen Organ der SPD. in  
Bayern zu machen.

### Frankreich fordert Genugtuung für Gleiwitz.

Paris, 4. Februar. Nach dem Journal hat auf Grund der An-  
weisungen aus Paris Vorkämpfer Laurent dem deutschen Reichs-  
kanzler mitgeteilt, daß Frankreich die Reichsregierung für die Vor-  
gänge in Oberschlesien verantwortlich mache und volle Genugtuung,  
eine gründliche Untersuchung durch die deutschen Behörden,  
Bestrafung der Schuldigen und volle Entschädigung für die Opfer des  
Heberfalls verlange. Die Note fügt hinzu, daß die französische  
Regierung sich das Recht vorbehalt, energisch einzugreifen, falls  
die Ergebnisse der deutschen Untersuchung und die von der Reichs-  
regierung gewährte Genugtuung sie nicht völlig befriedigen, und  
wenn die deutsche Presse fortfährt zu behaupten, daß die Reichs-  
regierung nicht für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich  
gemacht werden könne.

### Die Hebergabe Polisch-Oberschlesiens.

Warschau, 6. Februar. Minister Osypowski erklärte gegenüber  
den Vertretern der polnischen Presse, daß zu erwarten sei, daß die  
Hebertragung der polnischen Macht über Polisch-Oberschlesien auf  
die polnische Regierung Ende April dieses Jahres erfolgt. — Der  
polnische Nationalfeiertag am 3. Mai soll in Schlesien in diesem  
Jahre in besonders feierlicher Weise begangen werden.

### Die Sonderpolitik Poincarés.

Paris, 4. Februar. Wie der Matin mitteilt, hat in der  
gestrigen Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegen-  
heiten Poincaré über die Reparationen, insbesondere im Hinblick  
auf die in der vorigen Woche ergangenen deutschen Gegenvorschläge,  
Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß die Repara-  
tionskommission Schwierigkeiten habe, denen sie begegnen müsse.  
Man versteht sogar, daß Dubois seine Demission als Vorsitzender  
der Reparationskommission habe geben wollen.

Die formelle Auffassung der französischen Regierung sei, wenn  
Frankreich in der Reparationskommission nicht die Mehrheit habe,  
die es im Verhältnis zu seinen Forderungen haben müsse, finde es  
doch wenigstens einige Billigkeiten in dem Funktionieren des  
Organismus, der sich nur in dem Maße bewegen könne, das der